

14. IV. 1916

Niederösterreichische Handels- und Gewerkekammer.

Wien, 13. April.

Die niederösterreichische Handels- und Gewerkekammer hielt heute eine öffentliche Plenarsitzung ab. Der Präsident, Herrenhausmitglied Paul Ritter v. Schoeller, eröffnete die Sitzung mit folgender Ansprache:

Handelskammerpräsident Schoeller über die Kriegsanleihe.

Indem ich in die Tagesordnung eingehe, gestatten Sie mir, den ersten Punkt derselben damit einzuleiten, daß ich auch von dieser Stelle aus an die gesamte Industrie und Kaufmannschaft, an die Gewerbetreibenden, aber auch an unsere gesamte sonstige Bevölkerung die dringende Aufforderung richte, sich nach allen Kräften an der Zeichnung der neuen Kriegsanleihe zu beteiligen, welche eben wieder eingeleitet wird. Die Erfolge unseres Heeres und der Heere unserer Verbündeten sind derart, daß wir — wie wir es immer erwartet haben — nunmehr mit Gewißheit damit rechnen können, der Frieden, welcher dieses schwere Ringen abschließen soll, werde ein für uns ehrenvoller und günstiger sein und die Grundlage für eine neue glückliche Entwicklung unseres Staates bilden. Unser Wirtschaftsleben hat seinen gesunden Kern und seine Kraft während des Krieges vollausgewiesen und läßt ebenfalls erwarten, daß es auch den zukünftigen Anforderungen gewachsen sein wird. Wir müssen und können daher, ohne Beunruhigung für die Zukunft, dem Staate geben, was er braucht, um den Krieg so zu Ende zu führen, wie wir es wünschen und wie es für die Gesamtheit notwendig ist. Es ist Pflicht eines jeden, den berechtigten und von uns wohlverstandenen Anforderungen, die der Staat in dieser Hinsicht an uns stellt, nach Kräften nachzukommen. An Sie, meine hochverehrten Herren, die Sie so außerordentlich wichtige und zum Teil auch überaus leistungsfähige Zweige unseres Wirtschaftslebens vertreten, richte ich die besondere Bitte, sowohl durch Ihr eigenes Vorgehen, als auch durch die Geltendmachung Ihres großen Einflusses in den Ihnen nahestehenden Kreisen alles beizutragen, um auch den Erfolg der vierten Kriegsanleihe zu einem vollen zu machen. Ich bin überzeugt, daß Sie dieser meiner dringenden Bitte gewiß voll auf Folge leisten werden. Die Kammer als solche hat sich bisher im Rahmen ihres Könnens an den Zeichnungen der

ersten Kriegsanleihen beteiligt und für ihren Pensionsfonds 1 1/2 Millionen, für ihre Stiftungen 1 Million gezeichnet. Ueber Anregung des Präsidiums hat der Verwaltungsausschuß des Pensionsfonds beschlossen, für den Pensionsfonds neuerlich 1 Million zu zeichnen, und zwar auf die in 40 Jahren rückzahlbare vierte Kriegsanleihe. Durch diese Zeichnung wird sich die Kammer an den österreichischen Kriegsanleihen mit insgesamt 3 1/2 Millionen Kronen beteiligen. Das Präsidium möchte endlich einen weiteren Betrag noch dadurch leisten, daß es sich von der geehrten Kammer die Ermächtigung erbittet, jenen Angestellten, welche für Zwecke der Kriegsanleihezeichnung einen Vorschuß auf ihre Gehalte erbitten, solche Vorschüsse statt, wie es in der Dienstpragmatik vorgesehen ist, bloß für 18 Monate für die Dauer von 3 Jahren zu gewähren. Indem ich Ihnen dafür danke, wenn meine Ausführungen Ihre Zustimmung finden, möchte ich noch die Hoffnung aussprechen, daß auch der Gesamterfolg der neuen Kriegsanleihe ein solcher sei, daß er uns alle befriedigt, unseren tapferen Kämpfern die Zuversicht auf den starken wirtschaftlichen Rückhalt in ihrem Vaterlande gibt und unseren Feinden zeigt, wie unbezagt wir dem sicheren Erfolg in diesem Kampfe entgegensehen.

Die Verhandlungsgegenstände.

Kammerrat Lamberger beantragt, die kommenden neuen Verkehrssteuern auf Grund der deutschen Anträge ungesäumt zum Gegenstande der Beratung und Unternehmung zu machen.

Kammerrat Spitzer beantragt, die Kammer möge sich ehetunlich mit geeigneten Vorschlägen zur Förderung des Bargeldsparenden Zahlungsverkehrs befassen und diese sodann den kompetenten Stellen übermitteln.

Die Kammer genehmigt einen Bericht des Sekretärs Dr. Wrahe über die Beteiligung der Kammer an der Kriegshilfsaktion der niederösterreichischen Landesgewerbeförderung.

Ein Referat des Kammerrats Fobst, betreffend die Ausdehnung des Sieben-Uhr-Ladenschlusses schließt mit dem Antrag, die Kammer wolle sich in ihrer Aeußerung an den Magistrat nicht nur entschieden und nachdrücklich gegen die auf die Einführung des Sieben-Uhr-Ladenschlusses für das ganze Jahr abzielende Forderung des Gehilfenausschusses des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft aussprechen, sondern mit Rücksicht auf die nicht einheitlichen Interessen der einzelnen beteiligten Branchen und auf die durch die Kriegslage geschaffenen Erschwerungen des Erwerbalebens auch jede Erweiterung oder Abänderung der heute hinsichtlich des Sieben-Uhr-Ladenschlusses bestehenden Vorschriften ablehnen. Kammerrat Müller unterstützt diesen Antrag mit Rücksicht auf die durch den Krieg gegebenen schwierigen Verhältnisse in allen kaufmännischen Betrieben und weist auf die in Deutschland eingeführte längere Arbeitszeit hin.

Einem Referat des Konsulenten Dr. Hofe entsprechend, beschloß die Kammer, die Regierung zu ersuchen, nach Herstellung des erforderlichen Einvernehmens mit der ungarischen Regierung im Verordnungswege vorzulehren, daß für die Zeit vom 1. Mai bis 30. September 1916 an Stelle der mitteleuropäischen Zeit die Sonnenzeit des 30. Längengrades östlich von Greenwich zu treten habe.

Ein Referat des Konsulenten Dr. Perels beschäftigt sich mit Vorschlägen zur Verschärfung der Vergeltungsmaßregel gegenüber feindlichen Staaten auf rechtlichen und wirtschaftlichem Gebiete. Die Kammer beschloß im Sinne des Referats, der Regierung insbesondere zu empfehlen: 1. Erlassung einer Verordnung über die Zwangsverwaltung feindlicher Unternehmungen und Liegenschaften nach dem Muster der deutschen Verordnung; 2. Erlassung einer Verordnung über die Anmeldung des im Inlande befindlichen Vermögens feindlicher Staatsangehörigen mit den Sperrvorschriften der deutschen Verordnung; 3. Mitteilung an die feindlichen Regierungen, daß diese Maßnahmen zum Schutze der Interessen unserer Staatsangehörigen im feindlichen Auslande getroffen werden, und Protest der Regierung gegen die bisherigen völkerrechtswidrigen Verletzungen des Privateigentums unserer Staatsangehörigen.

Die Kammer genehmigte sodann eine Reihe von Subventionsansuchen. Bei dieser Gelegenheit berichtete Kammersekretär Dr. Bistor über die Oesterreichische Kunstgewerbe- und Modeausstellung in Stockholm. Die Kammer beschloß die nachträgliche Subventionierung der österreichischen Ausstellung in Stockholm.